



Bullakaj weiss von zahlreichen Einbürgerungswilligen, die nach einem Negativentscheid keinen weiteren Versuch wagen.

Fortsetzung von Seite 21 ► gross sind die Unterschiede.»

25 Prozent aller Menschen, die in der Schweiz leben, haben einen ausländischen Pass. «Das Schweizer Einbürgerungssystem gehört zu den restriktivsten in Europa», sagt Historiker Kijan Espahangizi (44), Autor eines neuen Buchs zum Migrationskomplex der Schweiz. «Doch das war nicht immer so. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts reagierte die Schweiz auf steigende Einwanderungszahlen und dachte über mehr Einbürgerungen statt weniger nach.»

Sogar Zwangseinbürgerungen wurden damals diskutiert – nach der Devise: Das beste Mittel gegen eine hohe Ausländerquote sind Einbürgerungen!

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich das: Die hiesige Wirtschaft warb immer mehr Gastarbeiter an, von denen immer mehr blieben – gleichzeitig verschärfte die Schweiz die Einbürgerungskriterien massiv.

Der Ausländeranteil stieg von 5 auf heute 25 Prozent. «Diese Quote wird weiter steigen», sagt Espahangizi. Das führe zu einer fundamentalen Frage, die den Kern des Schweizer Selbstverständnisses betreffe: «Ab wann hört eine Demokratie auf, eine Demokratie zu sein? Bei 30, 40 oder 50 Prozent der Wohnbevölkerung ohne politische Rechte?»

Die Initiative für ein modernes Bürgerrecht legt das Augenmerk auf eine Erleichterung der Einbürgerungen durch objektive und damit berechenbare Kriterien. Was sie hingegen nicht fordert: das Ius soli, das Recht auf den Schweizer Pass für alle, die im Land geboren werden.

Von bürgerlicher Seite ist Widerstand programmiert – selbst von jenen, die mit dem Anliegen der Initiative sympathisieren. So sagt Përparim Avdili (35), Präsident der FDP Stadt Zürich

und Vizepräsident des Vereins Secundos Zürich: «Wie wir Einbürgerungen heute teilweise umsetzen, ist weder zeitgemäss noch zielführend.» Er sagt aber auch: «Für mich ist es nicht dasselbe, ob jemand in der Schweiz aufgewachsen ist oder als Erwachsener hierherkommt.»

Bei Menschen, die hier aufwachsen, sei es falsch, von Integration zu sprechen. «Da stehen vielmehr wir als Gesellschaft in der Pflicht», findet Avdili. Von eingewanderten Erwachsenen dürfe man aber durchaus eine Integrationsleistung erwarten. Die Initiative sieht Avdili deshalb kritisch.

Der FDP-Politiker schlägt vor, dass der Staat offensiv auf Secundos zugeht: «Wer in der Schweiz aufwächst, sollte als Kind einen Brief erhalten, der sagt: Du gehörst zu uns. Du musst nur noch Ja sagen, dann bist du Schweizer.» Das schaffe Identifikation und emotionale Bindung.

«Wir profitieren, wenn die demokratische Beteiligung steigt»

Përparim Avdili,
FDP-Politiker

Einig ist sich Avdili mit der Aktion Vierviertel, dass die Einbürgerung kein Akt der Willkür sein darf. Auch die Wohnsitzfristen der Gemeinden und Kantone seien aus der Zeit gefallen. «Wir profitieren davon, wenn die demokratische Beteiligung steigt. Diese müsste man im Gegenteil einfordern, statt sie zu verkomplizieren.»

Migrationsforscherin Christin Achermann urteilt: «**Eine Annahme der Initiative wäre ein grosser Schritt für die Schweiz.** Im europäischen Vergleich wäre es allerdings nichts Aussergewöhnliches.»

Der Historiker Espahangizi sieht in der Initiative die Chance für einen notwendigen Kulturwandel: «Wir müssen neu aushandeln, was es heute heisst, Schweizerin zu sein – oder anders gesagt: Wer ist die Schweiz?» ●

Kommentar, Seite 27

Diskreter Einsatz für Sch

Bund interv Russland-S

Die Seco-Chefin sagte bei Geheimgesprächen mit dem Kanton Zug, die Schweiz versuche, Einfluss auf andere Staaten zu nehmen – «im Interesse der Schweizer Wirtschaft».

THOMAS SCHLITTLER

Die Schweiz macht mit bei der internationalen Jagd nach Oligarchengeldern. Doch wie sie das tut, erfreut nicht alle. Der Kanton Zug, der mit seiner Tiefsteuerepolitik jahrzehntelang Superreiche und Rohstoffkonzerne anlockte, kritisierte den Bund scharf für dessen Umsetzung der Russland-Sanktionen – und verlangte eine Aussprache mit den Verantwortlichen in Bern.

Am 27. September kam es deshalb zu einem geheimen Treffen auf höchster Ebene: Wirtschaftsminister Guy Parmelin (63) und Helene Budliger Artieda (57), Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco, empfingen den Zuger Landammann Martin Pfister (59), Volkswirtschaftsdirektorin Silvia Thalman-Gut (61) und Finanzdirektor Heinz Tännler (62) in Bern.

Die Beteiligten wahrten Stillschweigen über das Meeting. Erst Ende November erfuhr die Öffentlichkeit davon – aufgrund von SonntagsBlick-Recherchen. Was dort besprochen wurde, behielten

**Macht-
spiele**

Welche Ziele verfolgt der Bund bei den internationalen Sanktionen gegen Russland?

Geheimgespräche auf höchster Ebene: Eine Zusammenfassung der Gespräche hat SonntagsBlick gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz erhalten.

Von: [Redacted]
An: [Redacted]
Cc: [Redacted]
Betreff: Treffen des Departementschefs WBf mit der Zuger Regierung am 27.9.2022
Datum: Mittwoch, 28. September 2022 10:52:16
Dringlichkeit: Hoch

Wie gestern kurz besprochen, anbei eine Zusammenfassung der besprochenen Punkte beim Treffen des DC mit der Delegation der Zuger Regierung in Bern (ohne Atmosphärisches). Please feel free to add.

Hintergrund: Schreiben des Zuger Reg.präsidenten vom 30.8. an BP Cassis und BR Parmelin (verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Banken dringend nötig) und Antwort STS SECO vom 7. September)

Delegation_Kt_Zug: Landammann Pfister, Statthalterin Thalman-Gut (Volkswirtschaftsdirektorin), RR Tännler (Finanzdirektor)
Delegation_Bund: BR G. Parmelin, E. Reumann, STS H. Budliger, E. Bollinger

weizer Firmen

eniert im Ausland wegen anktionen



Seco-Chefin
Helene Budliger
Artieda mit
Wirtschafts-
minister Guy
Parmelin.

die Beteiligten aber weiter für sich. «Zum Inhalt des Treffens können wir uns nicht äussern», schrieb das Seco damals.

Nun kommen die Gründe für die Geheimnistuerei ans Licht: Seco-Chefin Budliger Artieda gab bei dem Termin Dinge preis, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind.

Die Staatssekretärin erklärte damals zum Beispiel, dass sich der Bund in Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen international «im Interesse der CH-Wirtschaft» einsetze – namentlich durch die «Aufnahme von Firmenfällen» mit ausländischen Regierungen. So geht es aus einer E-Mail-Zusammenfassung hervor, die SonntagsBlick gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz einsehen konnte.

Der Bund interveniert also im Ausland, um die Auswirkungen der Russland-Sanktionen für die Schweiz und hier ansässige Firmen zu mindern.

Solche Einflussversuche sind heikel – zumal Bern schon heute im Verdacht steht, es mit den Russland-Sanktionen nicht wirklich ernst zu meinen. Unter anderem wird international moniert, dass der Bund noch immer keine Taskforce installiert habe, um die russischen Vermögen im Land aufzuspüren.

Das Seco redet die Interventionen im Ausland dennoch klein: «Da Sanktionen

immer auch wirtschaftliche Auswirkungen auf die Staaten haben, welche die Sanktionen erlassen, ist es üblich, dass sich diese Staaten dafür einsetzen, die negativen Auswirkungen auf ihre Wirtschaft so gering wie möglich zu halten», sagt ein Sprecher. Auch der Bund setze sich im Rahmen der geltenden Rechtsordnung und gemäss seinem gesetzlichen Auftrag dafür ein. «Dazu stehen die Schweizer Behörden in regelmässigem Kontakt mit ihren internationalen Partnern.»

Obwohl es dies als international üblich darstellt, will das Seco nicht verraten, für welche «Interessen» und Firmen sich die Schweiz konkret eingesetzt hat.

Ebenso unklar bleibt, auf wessen Bestreben hin der Kanton Zug in Bern vorstellig wurde. Aus der schriftlichen Zusammenfassung des Treffens geht zumindest hervor, dass der Regierungsrat handelte, weil er befürchtete, dass wegen



Vertreter der Zuger Kantonsregierung (v. l.): Finanzdirektor Heinz Tännler, Volkswirtschaftsdirektorin Silvia Thalmann-Gut und Landammann Martin Pfister.

der Sanktionen Firmen «abziehen» und dadurch «Steuersubstrat und Arbeitsplätze» verloren gehen könnten – insbesondere bei «im Rohstoffsektor tätigen Unternehmen».

Auf Nachfrage von SonntagsBlick präzisiert Finanzdirektor Heinz Tännler: «Es geht nicht pauschal um Firmenwege.» Wenn von der Staatengemeinschaft sanktionierte Unternehmen aufgrund dieser Sanktionen in Länder wechselten, welche die Sanktionen nicht mittragen, sei das eine logische Konsequenz des Sanktionsregimes und werde von der Zuger Regierung akzeptiert.

Tännler: «Wir mussten allerdings feststellen, dass auch Unternehmen betroffen waren, die nicht auf der Sanktionsliste verzeichnet waren.» Zeitweise seien sie durch Sanktionen so eingeschränkt gewesen, dass ihr Fortbestand gefährdet war. Sie hätten nicht einmal mehr Mieten und Löhne bezahlen können. Tännler: «Ein Wegzug aus der Schweiz war denn auch keine Drohung, sondern die letzte Möglichkeit, um den Fortbestand des Unternehmens zu sichern.»

Einzelne Firmen hätten tatsächlich ihren Sitz verlegt, teilweise sogar in EU-Länder. Das sei der Grund gewesen, der den Regierungsrat zum Handeln bewegen habe. ●